

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Europäischen Übereinkommen vom 19. August 1985 über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen soll der Vereinheitlichung, Intensivierung und raschen Durchsetzung der erforderlichen Vorsorge- und Sicherheitsmaßnahmen gegen Zuschauerausschreitungen bei Sportveranstaltungen in den Mitgliedstaaten des Europarats dienen, gemeinsames Handeln der Vertragsparteien erleichtern und die Zusammenarbeit der staatlichen Organe und der betroffenen Sportorganisationen und Vereine zur Eindämmung der Gewalt fortentwickeln.

Es bezweckt gleichermaßen die Erforschung und Beseitigung der insbesondere auch außerhalb des Sports liegenden Ursachen des Phänomens der Gewalt wie die koordinierende Planung und Umsetzung der Maßnahmen zur Vorsorge gegen Gewaltaktionen und deren Verhinderung im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen.

B. Lösung

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen am 17. März 2004 in Straßburg unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet.

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des oben bezeichneten Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Dem Bund entstehen durch die Ausführung des Gesetzes Reisekosten in relativ geringer Höhe für die jährlichen Sitzungen des Ständigen Ausschusses (Artikel 8) und der von diesem eingesetzten Sachverständigengruppen. Die Reisekosten werden aus den jeweiligen Mittelansätzen gedeckt. Darüber hinaus fallen keine zusätzlichen Vollzugskosten an, da davon auszugehen ist, dass die materiellen Anforderungen in der Bundesrepublik Deutschland bereits weitgehend umgesetzt sind. Die bei Ländern und Gemeinden anfallenden Kosten sind nicht zu beziffern, da die im Einzelfall ggf. erforderlichen baulichen, organisatorischen und personellen Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen von der jeweiligen Situation abhängen.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sowie die sozialen Sicherungssysteme sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da nennenswerte Mehrkosten für die Wirtschaft und die betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 16. Juni 2004

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom
19. August 1985 über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern
bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 800. Sitzung am 11. Juni 2004 gemäß Artikel 76 Absatz 2
des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu
erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

Gesetz

**zu dem Europäischen Übereinkommen vom 19. August 1985
über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern
bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 17. März 2004 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen vom 19. August 1985 über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen Bestimmungen enthält, die das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regeln.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Dem Bund entstehen durch die Ausführung des Gesetzes Reisekosten in relativ geringer Höhe für die jährlichen Sitzungen des Ständigen Ausschusses (Artikel 8) und der von diesem eingesetzten Sachverständigengruppen. Die Reisekosten werden aus den jeweiligen Mittelansätzen gedeckt.

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch die Ausführung des Gesetzes keine zusätzlichen Kosten, da die materiellen Anforderungen des vorliegenden völkerrechtlichen Übereinkommens in der Bundesrepublik Deutschland bereits weitgehend umgesetzt sind.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind aus dem gleichen Grunde nicht zu erwarten.

Auswirkungen auf die Umwelt oder Auswirkungen frauenpolitischer Art sind nicht zu erwarten.

Europäisches Übereinkommen
über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern
bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen

European Convention
on Spectator Violence and Misbehaviour
at Sports Events and in particular at Football Matches

Convention européenne
sur la violence et les débordements de spectateurs
lors de manifestations sportives et notamment de matches de football

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe and the other States party to the European Cultural Convention, signatory hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members;

Concerned by violence and misbehaviour amongst spectators at sports events, and in particular at football matches, and the consequences thereof;

Aware that this problem is likely to put at risk the principles embodied in Resolution (76) 41 of the Committee of Ministers of the Council of Europe known as the "European Sport for All Charter";

Emphasising the important contribution made to international understanding by sport, and especially, because of their frequency, by football matches between national and club teams from European states;

Considering that both public authorities and the independent sports organisations have separate but complementary responsibilities to combat violence and misbehaviour by spectators, bearing in mind that the sports organisations also have responsibilities in matters of safety and that more generally they should ensure the orderly conduct of the events they organise; considering moreover that these authorities and organisations should work together for this purpose at all appropriate levels;

Considering that violence is a current social phenomenon with wide repercussions, whose origins lie mainly outside sport, and that sport is often the scene for outbreaks of violence;

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres;

Préoccupés par la violence et les débordements de spectateurs lors de manifestations sportives et notamment de matches de football, et par les conséquences qui en découlent;

Conscients du fait que ce problème menace les principes consacrés par la Résolution (76) 41 du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, connue comme la «Charte européenne du sport pour tous»;

Soulignant l'importante contribution apportée à la compréhension internationale par le sport et, particulièrement, en raison de leur fréquence, par les matches de football entre les équipes nationales et locales des Etats européens;

Considérant que tant les autorités publiques que les organisations sportives indépendantes ont des responsabilités distinctes mais complémentaires dans la lutte contre la violence et les débordements de spectateurs, compte tenu du fait que les organisations sportives ont aussi des responsabilités en matière de sécurité et que, plus généralement, elles doivent assurer le bon déroulement des manifestations qu'elles organisent; considérant par ailleurs que ces autorités et organisations doivent à cet effet unir leurs efforts à tous les niveaux concernés;

Considérant que la violence est un phénomène social actuel de vaste envergure, dont les origines sont essentiellement extérieures au sport, et que le sport est souvent le terrain d'explosions de violence;

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens, die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen;

besorgt über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, sowie über die sich daraus ergebenden Folgen;

in dem Bewusstsein, dass dieses Problem die in der als „Europäische Charta des Sports für alle“ bekannten EntschlieÙung (76) 41 des Ministerkomitees des Europarats enthaltenen Grundsätze gefährdet;

unter Betonung des bedeutenden Beitrags, den der Sport und – aufgrund ihrer Häufigkeit – insbesondere Fußballspiele zwischen National- und Vereinsmannschaften europäischer Staaten zur internationalen Verständigung leisten;

in der Erwägung, dass sowohl staatliche Stellen als auch die unabhängigen Sportorganisationen verschiedene, aber einander ergänzende Aufgaben bei der Bekämpfung von Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern haben, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sportorganisationen auch in Fragen der Sicherheit Verantwortung tragen und dass sie ganz allgemein für den ordnungsgemäÙen Ablauf der von ihnen organisierten Veranstaltungen sorgen sollten; weiterhin in der Erwägung, dass diese Stellen und Organisationen zu diesem Zweck auf allen geeigneten Ebenen zusammenarbeiten sollten;

in der Erwägung, dass Gewalttätigkeit ein aktuelles gesellschaftliches Phänomen mit weit reichenden Auswirkungen ist, dessen Wurzeln überwiegend außerhalb des Sports liegen, und dass der Sport häufig Schauplatz für den Ausbruch von Gewalttätigkeit ist;

Being resolved to take common and co-operative action to prevent and control the problem of violence and misbehaviour by spectators at sports events,

Résolus à coopérer et à entreprendre des actions communes afin de prévenir et de maîtriser la violence et les débordements de spectateurs lors de manifestations sportives,

entschlossen, zusammenzuarbeiten und gemeinsame Schritte zu unternehmen, um Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen zu verhindern und einzudämmen –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

Aim of the Convention

1. The Parties, with a view to preventing and controlling violence and misbehaviour by spectators at football matches, undertake, within the limits of their respective constitutional provisions, to take the necessary steps to give effect to the provisions of this Convention.

2. The Parties shall apply the provisions of this Convention to other sports and sports events in which violence or misbehaviour by spectators is to be feared, as appropriate to the specific requirements of such sports and sports events.

Article 1

But de la Convention

1. Les Parties, en vue de prévenir et de maîtriser la violence et les débordements de spectateurs lors de matches de football, s'engagent à prendre, dans les limites de leurs dispositions constitutionnelles respectives, les mesures nécessaires pour donner effet aux dispositions de la présente Convention.

2. Les Parties appliquent les dispositions de la présente Convention à d'autres sports et manifestations sportives, compte tenu des exigences particulières de ces derniers, dans lesquels des violences ou des débordements de spectateurs sont à craindre.

Artikel 1

Ziel des Übereinkommens

(1) Um Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Fußballspielen zu verhindern und einzudämmen, verpflichten sich die Vertragsparteien, im Rahmen ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen die notwendigen Schritte zu unternehmen, um diesem Übereinkommen Wirksamkeit zu verleihen.

(2) Die Vertragsparteien wenden dieses Übereinkommen nach Maßgabe der spezifischen Erfordernisse auf andere Sportarten und Sportveranstaltungen an, bei denen Gewalttätigkeit oder Fehlverhalten von Zuschauern zu befürchten ist.

Article 2

Domestic co-ordination

The Parties shall co-ordinate the policies and actions of their government departments and other public agencies against violence and misbehaviour by spectators, where appropriate through setting up co-ordinating bodies.

Article 2

Coordination au plan intérieur

Les Parties coordonnent les politiques et les actions entreprises par leurs ministères et autres organismes publics contre la violence et les débordements de spectateurs, par la mise en place, lorsque nécessaire, d'organes de coordination.

Artikel 2

Innerstaatliche Koordinierung

Die Vertragsparteien koordinieren die Politik und die Maßnahmen ihrer Ministerien und anderer staatlicher Stellen gegen Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern, gegebenenfalls durch die Einrichtung koordinierender Gremien.

Article 3

Measures

1. The Parties undertake to ensure the formulation and implementation of measures designed to prevent and control violence and misbehaviour by spectators, including in particular:

- a. to secure that adequate public order resources are employed to counter outbreaks of violence and misbehaviour, both within the immediate vicinity of and inside stadia and along the transit routes used by spectators;
- b. to facilitate close co-operation and exchange of appropriate information between the police forces of the different localities involved or likely to be involved;
- c. to apply or, if need be, to adopt legislation which provides for those found guilty of offences related to violence or misbehaviour by spectators to receive appropriate penalties or, as the case may be, appropriate administrative measures.

Article 3

Mesures

1. Les Parties s'engagent à assurer l'élaboration et la mise en œuvre de mesures destinées à prévenir et maîtriser la violence et les débordements de spectateurs, en particulier à:

- a. s'assurer que des services d'ordre suffisants soient mobilisés pour faire face aux manifestations de violence et aux débordements tant dans les stades que dans leur voisinage immédiat et le long des routes de passage empruntées par les spectateurs;
- b. faciliter une coopération étroite et un échange d'informations appropriées entre les forces de police des différentes localités concernées ou susceptibles de l'être;
- c. appliquer ou, le cas échéant, adopter une législation prévoyant que les personnes reconnues coupables d'infractions liées à la violence ou aux débordements de spectateurs se voient infliger des peines appropriées ou, le cas échéant, des mesures administratives appropriées.

Artikel 3

Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, für die Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung von Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern zu sorgen und insbesondere

- a) sicherzustellen, dass ausreichende Ordnungskräfte eingesetzt werden, um Ausbrüchen von Gewalttätigkeit und Fehlverhalten entgegenzuwirken, und zwar sowohl in den Stadien als auch in deren unmittelbarer Umgebung und entlang der von den Zuschauern benutzten Zufahrtswege;
- b) eine enge Zusammenarbeit und den Austausch geeigneter Informationen zwischen den Polizeikräften der verschiedenen betroffenen oder voraussichtlich betroffenen Örtlichkeiten zu erleichtern;
- c) Rechtsvorschriften anzuwenden oder erforderlichenfalls zu erlassen, die angemessene Strafen oder gegebenenfalls angemessene Verwaltungsmaßnahmen für diejenigen vorsehen, die für schuldig befunden wurden, Straftaten im Zusammenhang mit Gewalttätigkeit oder Fehlverhalten von Zuschauern begangen zu haben.

2. The Parties undertake to encourage the responsible organisation and good conduct of supporters' clubs and the appointment of stewards from within their membership to help manage and inform spectators at matches and to accompany parties of supporters travelling to away fixtures.

3. The Parties shall encourage the co-ordination, insofar as legally possible, of the organisation of travel arrangements from the place of departure, with the co-operation of clubs, organised supporters, and travel agencies, so as to inhibit potential trouble-makers from leaving to attend matches.

4. The Parties shall seek to ensure, where necessary by introducing appropriate legislation which contains sanctions for non-compliance or by any other appropriate means, that, where outbreaks of violence and misbehaviour by spectators are to be feared, sports organisations and clubs, together with, where appropriate, stadium owners and public authorities, in accordance with responsibilities defined in domestic law, take practical measures at and within stadia to prevent or control such violence or misbehaviour, including:

- a. to secure that the design and physical fabric of stadia provide for the safety of spectators, do not readily facilitate violence between spectators, allow effective crowd control, contain appropriate barriers or fencing, and allow security and police forces to operate;
- b. to segregate effectively groups of rival supporters, by allocating to groups of visiting supporters, when they are admitted, specific terraces;
- c. to ensure this segregation by strictly controlling the sale of tickets and to take particular precautions in the period immediately preceding the match;
- d. to exclude from or forbid access to matches and stadia, insofar as it is legally possible, known or potential trouble-makers, or people who are under the influence of alcohol or drugs;
- e. to provide stadia with an effective public address system and to see that full use is made of this, of the match programme and of other publicity outlets to encourage spectators to behave correctly;

2. Les Parties s'engagent à encourager l'organisation responsable et le bon comportement des clubs de supporters et la nomination en leur sein d'agents chargés de faciliter le contrôle et l'information des spectateurs à l'occasion des matches et d'accompagner les groupes de supporters se rendant à des matches joués à l'extérieur.

3. Les Parties encouragent la coordination, dans la mesure où cela est juridiquement possible, de l'organisation des déplacements à partir du lieu d'origine avec la collaboration des clubs, des supporters organisés et des agences de voyage, afin d'empêcher le départ des fauteurs potentiels de troubles pour assister aux matches.

4. Lorsque des explosions de violence et des débordements de spectateurs sont à craindre, les Parties veillent, si nécessaire en introduisant une législation appropriée contenant des sanctions pour inobservation ou d'autres mesures appropriées, à ce que les organisations sportives et les clubs ainsi que, le cas échéant, les propriétaires de stades et les autorités publiques, sur la base des compétences définies par la législation interne, prennent des dispositions concrètes aux abords des stades et à l'intérieur de ces derniers, pour prévenir ou maîtriser cette violence ou ces débordements, et notamment:

- a. faire en sorte que la conception et la structure des stades garantissent la sécurité des spectateurs, ne favorisent pas la violence parmi eux, permettent un contrôle efficace de la foule, comportent des barrières ou clôtures adéquates et permettent l'intervention des services de secours et des forces de l'ordre;
- b. séparer efficacement les groupes de supporters rivaux en réservant aux groupes de supporters visiteurs, lorsqu'ils sont admis, des tribunes distinctes;
- c. assurer cette séparation en contrôlant rigoureusement la vente des billets et prendre des précautions particulières pendant la période précédant immédiatement le match;
- d. exclure des stades et des matches ou leur en interdire l'accès, dans la mesure où cela est juridiquement possible, les fauteurs de troubles connus ou potentiels et les personnes sous l'influence d'alcool ou de drogues;
- e. doter les stades d'un système efficace de communication avec le public et veiller à en faire pleinement usage, ainsi que des programmes des matches et autres prospectus, pour inciter les spectateurs à se conduire correctement;

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die verantwortungsvolle Organisation und das ordnungsgemäße Verhalten von Anhängerclubs sowie die Benennung von Vertrauensleuten aus dem Kreis ihrer Mitglieder zu fördern, welche die Aufgabe haben, die Überwachung und die Information der Zuschauer bei Spielen zu erleichtern und Anhängergruppen auf der Reise zu Auswärtsspielen zu begleiten.

(3) Soweit rechtlich möglich, fördern die Vertragsparteien die Koordinierung der Organisation von Reisen ab dem Ort der Abreise in Zusammenarbeit mit den Vereinen, organisierten Anhängern und Reisebüros, um so potentielle Unruhestifter an der Abreise zu Spielen zu hindern.

(4) Die Vertragsparteien bemühen sich, erforderlichenfalls durch die Einführung geeigneter Rechtsvorschriften, welche Sanktionen für die Nichteinhaltung enthalten, oder durch andere geeignete Maßnahmen zu gewährleisten, dass Sportverbände und Vereine – gegebenenfalls gemeinsam mit den Eigentümern der Stadien sowie den staatlichen Stellen – überall dort, wo Ausbrüche von Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern zu befürchten sind, in Übereinstimmung mit den im innerstaatlichen Recht bestimmten Zuständigkeiten im Umkreis von und in den Stadien praktische Maßnahmen ergreifen, um solche Gewalttätigkeit oder solches Fehlverhalten zu verhindern oder einzudämmen und insbesondere

- a) sicherzustellen, dass die Planung und die bauliche Ausführung von Stadien die Sicherheit der Zuschauer gewährleisten, Gewalttätigkeiten zwischen Zuschauern nicht ohne weiteres erleichtern, eine wirksame Kontrolle der Massen ermöglichen, geeignete Barrieren oder Zäune aufweisen und Sicherheits- und Polizeikräften den Einsatz ermöglichen;
- b) Gruppen rivalisierender Anhänger dadurch wirksam voneinander zu trennen, dass man Gruppen auswärtiger Anhänger beim Einlass gesonderte Tribünen zuweist;
- c) diese Trennung durch eine strenge Kontrolle des Kartenverkaufs sicherzustellen und in der Zeit unmittelbar vor dem Spiel besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen;
- d) bekannte oder potentielle Unruhestifter sowie unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stehende Personen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten von Spielen und aus Stadien auszuschließen oder ihnen den Zutritt zu verwehren;
- e) Stadien mit einem wirksamen Kommunikationssystem auszustatten und dafür zu sorgen, dass dieses sowie Programme und andere Veröffentlichungen voll genutzt werden, um die Zuschauer zu korrektem Verhalten aufzufordern;

- f. to prohibit the introduction of alcoholic drinks by spectators into stadia; to restrict, and preferably ban, the sale and any distribution of alcoholic drinks at stadia, and to ensure that all beverages available are in safe containers;
- g. to provide controls so as to ensure that spectators do not bring into stadia objects that are likely to be used in acts of violence, or fireworks or similar devices;
- h. to ensure that liaison officers co-operate with the authorities concerned before matches on arrangements to be taken for crowd control so that the relevant rules are enforced through concerted action.
- f. interdire l'introduction, par les spectateurs, de boissons alcoolisées dans les stades; restreindre et, de préférence, interdire la vente et toute distribution de boissons alcoolisées dans les stades et s'assurer que toutes les boissons disponibles soient contenues dans des récipients non dangereux;
- g. assurer des contrôles dans le but d'empêcher les spectateurs d'introduire dans l'enceinte des stades des objets susceptibles de servir à des actes de violence, ou des feux d'artifice ou objets similaires;
- h. assurer que des agents de liaison collaborent avec les autorités concernées avant les matches, quant aux dispositions à prendre pour contrôler la foule, de telle sorte que les règlements pertinents soient appliqués grâce à une action concertée.
- f) den Zuschauern zu untersagen, alkoholische Getränke in Stadien mitzubringen, den Verkauf und jeglichen Ausschank alkoholischer Getränke in Stadien einzuschränken oder möglichst zu verbieten und sicherzustellen, dass alle erhältlichen Getränke in ungefährlichen Behältern abgefüllt sind;
- g) Kontrollen einzurichten, um zu gewährleisten, dass die Zuschauer keine für Gewalttaten verwendbaren Gegenstände oder Feuerwerkskörper oder ähnliche Gegenstände ins Stadion mitbringen;
- h) dafür zu sorgen, dass vor den Spielen Verbindungsleute gemeinsam mit den beteiligten Stellen im Hinblick auf Vorkehrungen zur Kontrolle der Massen zusammenarbeiten, damit die entsprechenden Regelungen in einer konzentrierten Aktion durchgesetzt werden.

5. The Parties shall take appropriate social and educational measures, bearing in mind the potential importance of the mass media, to prevent violence in and associated with sport, in particular by promoting the sporting ideal through educational and other campaigns, by giving support to the notion of fair play, especially among young people, so as to enhance mutual respect both amongst spectators and between sports players and also by encouraging increased active participation in sport.

5. Les Parties prennent les mesures adéquates dans les domaines social et éducatif, ayant à l'esprit l'importance potentielle des moyens de communication de masse, pour prévenir la violence dans le sport ou lors de manifestations sportives, notamment en promouvant l'idéal sportif par des campagnes éducatives et autres, en soutenant la notion de fair-play spécialement chez les jeunes, afin de favoriser le respect mutuel à la fois parmi les spectateurs et entre les sportifs et aussi en encourageant une plus importante participation active dans le sport.

(5) Die Vertragsparteien ergreifen – im Bewusstsein der möglichen Bedeutung der Massenmedien – geeignete soziale und erzieherische Maßnahmen, um Gewalttätigkeit beim Sport oder im Zusammenhang mit dem Sport insbesondere dadurch zu verhindern, dass das Ideal des Sports durch erzieherische und andere Maßnahmen gefördert wird, dass der Gedanke des Fairplay vor allem bei der Jugend gestärkt wird, um die gegenseitige Achtung sowohl zwischen den Zuschauern als auch zwischen den Sportlern zu fördern, und dass zu einer stärkeren aktiven Beteiligung am Sport aufgefordert wird.

Article 4

International co-operation

1. The Parties shall co-operate closely on the matters covered by this Convention and encourage similar co-operation as appropriate between national sports authorities involved.

2. In advance of international club and representative matches or tournaments, the Parties concerned shall invite their competent authorities, especially the sports organisations, to identify those matches at which violence or misbehaviour by spectators is to be feared. Where such a match is identified, the competent authorities of the host country shall arrange consultations between those concerned. Such consultations shall take place as soon as possible and should not be later than two weeks before the match is due to take place, and shall encompass arrangements, measures and precautions to be taken before, during and after the match, including, where necessary, measures additional to those included in this Convention.

Article 4

Coopération internationale

1. Les Parties coopèrent étroitement sur les sujets couverts par cette Convention et encouragent une coopération analogue, lorsqu'elle est appropriée, entre les autorités sportives nationales concernées.

2. Avant les matches ou tournois internationaux entre clubs ou équipes représentatives, les Parties concernées invitent leurs autorités compétentes, notamment les organisations sportives, à identifier les matches à l'occasion desquels des actes de violence ou des débordements de spectateurs sont à craindre. Si un match de ce type est identifié, les autorités compétentes du pays hôte prennent des dispositions pour une concertation entre les autorités concernées. Cette concertation se tiendra dès que possible; elle devrait avoir lieu au plus tard deux semaines avant la date prévue pour le match et englobera les dispositions, mesures et précautions à prendre avant, pendant et après le match, y compris, s'il y a lieu, des mesures complémentaires à celles prévues par la présente Convention.

Artikel 4

Internationale Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten in den Angelegenheiten, die von diesem Übereinkommen erfasst werden, eng zusammen und fördern gegebenenfalls eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen den beteiligten nationalen Sportinstitutionen.

(2) Vor internationalen Vereins- und Auswahlspielen oder -turnieren fordern die betroffenen Vertragsparteien ihre zuständigen Stellen, insbesondere die Sportverbände, auf, die Spiele zu benennen, bei denen Gewalttätigkeit oder Fehlverhalten von Zuschauern zu befürchten ist. Ist ein solches Spiel benannt worden, so leiten die zuständigen Stellen des Austragungslands Gespräche zwischen den Beteiligten in die Wege. Diese Gespräche finden so bald wie möglich statt, und zwar spätestens zwei Wochen vor dem für das Spiel vorgesehenen Tag, und umfassen Anordnungen, Maßnahmen und Vorkehrungen, die vor dem Spiel, während des Spiels und nach dem Spiel zu treffen sind, erforderlichenfalls unter Einbeziehung zusätzlicher, nicht in diesem Übereinkommen enthaltener Maßnahmen.

Article 5**Identification and treatment of offenders**

1. The Parties, respecting existing legal procedures and the principle of the independence of the judiciary, shall seek to ensure that spectators committing acts of violence or other criminal behaviour are identified and prosecuted in accordance with the due process of the law.

2. Where appropriate, particularly in the case of visiting spectators, and in accordance with the applicable international agreements, the Parties shall consider:

- a. transferring proceedings against persons apprehended in connection with violence or other criminal behaviour committed at sports events to their country of residence;
- b. seeking the extradition of persons suspected of violence or other criminal behaviour committed at sports events;
- c. transferring persons convicted of offences of violence or other criminal behaviour committed at sports events to serve their sentences in the relevant country.

Article 5**Identification et traitement des contrevenants**

1. Les Parties, dans le respect des procédures existant en droit et du principe de l'indépendance du pouvoir judiciaire, veillent à s'assurer que les spectateurs qui commettent des actes de violence ou d'autres actes répréhensibles soient identifiés et poursuivis conformément à la loi.

2. Le cas échéant, notamment dans le cas de spectateurs-visiteurs, et conformément aux accords internationaux applicables, les Parties envisagent:

- a. de transmettre les procédures intentées contre des personnes appréhendées à la suite d'actes de violence ou d'autres actes répréhensibles commis lors de manifestations sportives, au pays de résidence de ces personnes;
- b. de demander l'extradition de personnes soupçonnées d'actes de violence ou d'autres actes répréhensibles commis lors de manifestations sportives;
- c. de transférer les personnes reconnues coupables d'infractions violentes ou d'autres actes répréhensibles commis lors de manifestations sportives, dans le pays approprié, pour y purger leur peine.

Artikel 5**Identifizierung und Behandlung von Straftätern**

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, unter Einhaltung der bestehenden rechtlichen Verfahren und des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Justiz dafür zu sorgen, dass Zuschauer, die Gewalttätigkeiten oder andere strafbare Handlungen begehen, identifiziert und in einem ordentlichen Gerichtsverfahren verfolgt werden.

(2) Wo es angebracht erscheint, insbesondere bei auswärtigen Zuschauern, erwägen die Vertragsparteien in Übereinstimmung mit den anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften,

- a) Verfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten oder anderen strafbaren Handlungen bei Sportveranstaltungen festgenommen worden sind, an das Land ihres gewöhnlichen Aufenthalts zu verweisen;
- b) die Auslieferung von Personen anzustreben, die der Gewalttätigkeit oder anderer strafbarer Handlungen bei Sportveranstaltungen verdächtigt werden;
- c) Personen, die wegen Straftaten im Zusammenhang mit Gewalttätigkeit oder wegen anderer strafbarer Handlungen bei Sportveranstaltungen verurteilt wurden, zur Verbüßung ihrer Strafe in das entsprechende Land zu überstellen.

Article 6**Additional measures**

1. The Parties undertake to co-operate closely with their appropriate national sports organisations and clubs and where appropriate, stadium owners, on arrangements regarding the planning and execution of alterations to the physical fabric of stadia or other alterations, including access to and egress from stadia, necessary to improve safety and to prevent violence.

2. The Parties undertake to promote, where necessary and in appropriate cases, a system laying down requirements for the selection of stadia which take into account the safety of spectators and the prevention of violence amongst them, especially for those stadia used for matches likely to attract large or unruly crowds.

3. The Parties undertake to encourage their national sports organisations to review their regulations continuously in order to control factors which may lead to outbreaks of violence by players or spectators.

Article 6**Mesures complémentaires**

1. Les Parties s'engagent à coopérer étroitement avec leurs organisations sportives nationales et clubs compétents ainsi que, éventuellement, avec les propriétaires de stades, en ce qui concerne les dispositions visant la planification et l'exécution des modifications de la structure matérielle des stades, ou d'autres changements nécessaires, y compris l'accès et la sortie des stades, afin d'améliorer la sécurité et de prévenir la violence.

2. Les Parties s'engagent à promouvoir, s'il y a lieu et dans les cas appropriés, un système établissant des critères pour la sélection des stades qui tiennent compte de la sécurité des spectateurs et de la prévention de la violence parmi eux, surtout en ce qui concerne les stades où les matches peuvent attirer des foules nombreuses ou agitées.

3. Les Parties s'engagent à encourager leurs organisations sportives nationales à réviser d'une manière permanente leurs règlements afin de contrôler les facteurs de nature à engendrer des explosions de violence de la part de sportifs ou de spectateurs.

Artikel 6**Zusätzliche Maßnahmen**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur engen Zusammenarbeit mit ihren zuständigen nationalen Sportverbänden und -vereinen sowie gegebenenfalls mit den Eigentümern der Stadien, um Vorkehrungen im Hinblick auf die Planung und Durchführung von Änderungen der baulichen Ausführung von Stadien oder anderer Änderungen, u.a. der Zugänge und Ausgänge von Stadien, zu treffen, die zur Verbesserung der Sicherheit und zur Verhinderung von Gewalttätigkeit notwendig sind.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, wo es notwendig und angemessen ist, ein System von Kriterien für die Auswahl von Stadien zu fördern, welche der Sicherheit der Zuschauer und der Verhinderung von Gewalttätigkeit unter ihnen Rechnung tragen, insbesondere für Stadien, in denen Spiele stattfinden, die voraussichtlich große oder erregte Massen anziehen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, ihre nationalen Sportverbände zu ermutigen, ihre Regeln ständig zu überprüfen, um Faktoren, die zu Ausbrüchen von Gewalttätigkeit unter Spielern oder Zuschauern führen können, einzudämmen.

Article 7**Provision of information**

Each Party shall forward to the Secretary General of the Council of Europe, in one of the official languages of the Council of Europe, all relevant information concerning legislative and other measures taken by it for the purpose of complying with the terms of this Convention, whether with regard to football or other sports.

Article 8**Standing Committee**

1. For the purposes of this Convention, a Standing Committee is hereby established.

2. Any Party may be represented on the Standing Committee by one or more delegates. Each Party shall have one vote.

3. Any member State of the Council of Europe or other State party to the European Cultural Convention which is not a Party to this Convention may be represented on the Committee as an observer.

4. The Standing Committee may, by unanimous decision, invite any non-member State of the Council of Europe which is not a Party to the Convention and any sports organisation concerned to be represented by an observer at one or more of its meetings.

5. The Standing Committee shall be convened by the Secretary General of the Council of Europe. Its first meeting shall be held within one year of the date of the entry into force of the Convention. It shall subsequently meet at least every year. In addition it shall meet whenever a majority of the Parties so request.

6. A majority of the Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

7. Subject to the provisions of this Convention, the Standing Committee shall draw up and adopt by consensus its own Rules of Procedure.

Article 9

1. The Standing Committee shall be responsible for monitoring the application of this Convention. It may in particular:

- a. keep under review the provisions of this Convention and examine any modifications necessary;
- b. hold consultations with relevant sports organisations;
- c. make recommendations to the Parties concerning measures to be taken for the purposes of this Convention;

Article 7**Communication d'informations**

Chaque Partie transmet au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, dans l'une des langues officielles du Conseil de l'Europe, toutes les informations pertinentes relatives à la législation et aux autres mesures qu'elle aura prises dans le but de se conformer aux dispositions de la présente Convention, que ces mesures concernent le football ou d'autres sports.

Article 8**Comité permanent**

1. Il est constitué, aux fins de la présente Convention, un Comité permanent.

2. Toute Partie peut se faire représenter au sein du Comité permanent par un ou plusieurs délégués. Chaque Partie a droit à une voix.

3. Tout Etat membre du Conseil de l'Europe ou partie à la Convention culturelle européenne, qui n'est pas partie à la présente Convention, peut se faire représenter au Comité par un observateur.

4. Le Comité permanent peut, à l'unanimité, inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas partie à la Convention et toute organisation sportive intéressée à se faire représenter par un observateur à une ou plusieurs de ses réunions.

5. Le Comité permanent est convoqué par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Il tient sa première réunion dans le délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite au moins une fois par an. Il se réunit, en outre, chaque fois que la majorité des Parties en formule la demande.

6. La majorité des Parties constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du Comité permanent.

7. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité permanent établit son règlement intérieur et l'adopte par consensus.

Article 9

1. Le Comité permanent est chargé de suivre l'application de la présente Convention. Il peut en particulier:

- a. revoir de manière permanente les dispositions de la présente Convention et examiner les modifications qui pourraient être nécessaires;
- b. engager des consultations avec les organisations sportives concernées;
- c. adresser des recommandations aux Parties sur les mesures à prendre pour la mise en œuvre de la présente Convention;

Artikel 7**Bereitstellung von Informationen**

Jede Vertragspartei leitet alle zweckdienlichen Informationen über die in ihrem Land zum Zweck der Einhaltung dieses Übereinkommens getroffenen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, die sich auf den Fußball oder andere Sportarten beziehen, in einer der Amtssprachen des Europarats an den Generalsekretär des Europarats weiter.

Artikel 8**Ständiger Ausschuss**

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird ein Ständiger Ausschuss eingerichtet.

(2) Jede Vertragspartei kann durch einen oder mehrere Delegierte im Ständigen Ausschuss vertreten sein. Jede Vertragspartei hat eine Stimme.

(3) Jeder Mitgliedstaat des Europarats oder Vertragsstaat des Europäischen Kulturabkommens, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, kann im Ausschuss als Beobachter vertreten sein.

(4) Der Ständige Ausschuss kann durch einstimmigen Beschluss jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, sowie jeden betroffenen Sportverband einladen, durch einen Beobachter bei einer oder mehreren seiner Sitzungen vertreten zu sein.

(5) Der Ständige Ausschuss wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen. Die erste Sitzung findet innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Übereinkommens statt. Danach tritt der Ausschuss mindestens einmal jährlich zusammen. Darüber hinaus tagt er, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien dies verlangt.

(6) Die Mehrheit der Vertragsparteien stellt das Quorum für die Einberufung einer Sitzung des Ständigen Ausschusses dar.

(7) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens legt der Ständige Ausschuss seine Geschäftsordnung fest und nimmt sie durch Konsens an.

Artikel 9

(1) Die Überwachung der Anwendung dieses Übereinkommens obliegt dem Ständigen Ausschuss. Er kann insbesondere

- a) die Bestimmungen dieses Übereinkommens ständig überprüfen und etwa notwendige Änderungen prüfen;
- b) Konsultationen mit den zuständigen Sportverbänden abhalten;
- c) den Vertragsparteien Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens empfehlen;

- | | | |
|---|--|--|
| <p>d. recommend the appropriate measures to keep the public informed about the activities undertaken within the framework of this Convention;</p> <p>e. make recommendations to the Committee of Ministers concerning non-member States of the Council of Europe to be invited to accede to this Convention;</p> <p>f. make any proposal for improving the effectiveness of this Convention.</p> <p>2. In order to discharge its functions, the Standing Committee may, on its own initiative, arrange for meetings of groups of experts.</p> | <p>d. recommander les mesures appropriées pour assurer l'information du public sur les travaux entrepris dans le cadre de la présente Convention;</p> <p>e. adresser au Comité des Ministres des recommandations relatives à l'invitation d'États non membres du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention;</p> <p>f. formuler toute proposition visant à améliorer l'efficacité de la présente Convention.</p> <p>2. Pour l'accomplissement de sa mission, le Comité permanent peut, de sa propre initiative, prévoir des réunions de groupes d'experts.</p> | <p>d) die geeigneten Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit über Tätigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens empfehlen;</p> <p>e) dem Ministerkomitee Empfehlungen betreffend die Einladung an Nichtmitgliedstaaten des Europarats, dem Übereinkommen beizutreten, unterbreiten;</p> <p>f) Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit dieses Übereinkommens unterbreiten.</p> <p>(2) In Erfüllung seiner Aufgaben kann der Ständige Ausschuss auf eigene Initiative Sitzungen von Sachverständigengruppen anberaumen.</p> |
|---|--|--|

Article 10

After each meeting, the Standing Committee shall forward to the Committee of Ministers of the Council of Europe a report on its work and on the functioning of the Convention.

Article 10

Après chacune de ses réunions, le Comité permanent transmet au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la Convention.

Artikel 10

Nach jeder Sitzung übermittelt der Ständige Ausschuss dem Ministerkomitee des Europarats einen Bericht über seine Arbeit und über die Wirkungsweise des Übereinkommens.

Article 11**Amendments**

1. Amendments to this Convention may be proposed by a Party, the Committee of Ministers of the Council of Europe or the Standing Committee.

2. Any proposal for amendment shall be communicated by the Secretary General of the Council of Europe to the member States of the Council of Europe, to the other States party to the European Cultural Convention, and to every non-member State which has acceded to or has been invited to accede to this Convention in accordance with the provisions of Article 14.

3. Any amendment proposed by a Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Standing Committee at least two months before the meeting at which it is to be considered. The Standing Committee shall submit to the Committee of Ministers its opinion on the proposed amendment, where appropriate after consultation with the relevant sports organisations.

4. The Committee of Ministers shall consider the proposed amendment and any opinion submitted by the Standing Committee and may adopt the amendment.

5. The text of any amendment adopted by the Committee of Ministers in accordance with paragraph 4 of this article shall be forwarded to the Parties for acceptance.

6. Any amendment adopted in accordance with paragraph 4 of this article shall come into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after all Parties have informed the Secretary General of their acceptance thereof.

Article 11**Amendements**

1. Des amendements à la présente Convention peuvent être proposés par une Partie, par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe ou par le Comité permanent.

2. Toute proposition d'amendement est communiquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats Parties à la Convention culturelle européenne et à tout Etat non membre qui a adhéré ou qui a été invité à adhérer à la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 14.

3. Tout amendement proposé par une Partie ou par le Comité des Ministres est communiqué au Comité permanent au moins deux mois avant la réunion à laquelle l'amendement doit être étudié. Le Comité permanent soumet au Comité des Ministres son avis concernant l'amendement proposé, le cas échéant, après consultation des organisations sportives compétentes.

4. Le Comité des Ministres étudie l'amendement proposé ainsi que tout avis soumis par le Comité permanent et il peut adopter l'amendement.

5. Le texte de tout amendement adopté par le Comité des Ministres conformément au paragraphe 4 du présent article est transmis aux Parties en vue de son acceptation.

6. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 4 du présent article entre en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'un délai d'un mois après la date à laquelle toutes les Parties ont informé le Secrétaire Général de leur acceptation dudit amendement.

Artikel 11**Änderungen**

(1) Änderungen dieses Übereinkommens können von einer Vertragspartei, vom Ministerkomitee des Europarats oder vom Ständigen Ausschuss vorgeschlagen werden.

(2) Jeder Änderungsvorschlag wird vom Generalsekretär des Europarats den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens und jedem Nichtmitgliedstaat, der nach Artikel 14 diesem Übereinkommen beigetreten ist oder zum Beitritt dazu eingeladen wurde, übermittelt.

(3) Jeder von einer Vertragspartei oder vom Ministerkomitee eingebrachte Änderungsvorschlag wird dem Ständigen Ausschuss spätestens zwei Monate vor der Sitzung, bei der er erörtert werden soll, zugeleitet. Der Ständige Ausschuss legt dem Ministerkomitee seine Stellungnahme zu dem Änderungsvorschlag vor, gegebenenfalls nach Konsultation mit den zuständigen Sportverbänden.

(4) Das Ministerkomitee prüft den Änderungsvorschlag sowie jede vom Ständigen Ausschuss unterbreitete Stellungnahme und kann die Änderung beschließen.

(5) Der Wortlaut jeder vom Ministerkomitee nach Absatz 4 beschlossenen Änderung wird den Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.

(6) Jede nach Absatz 4 beschlossene Änderung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär die Annahme der Änderung mitgeteilt haben.

Final clauses**Article 12**

1. This Convention shall be open for signature by member States of the Council of Europe and other States party to the European Cultural Convention, which may express their consent to be bound by:

- a. signature without reservation as to ratification, acceptance or approval, or
- b. signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval.

2. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 13

1. The Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date on which three member States of the Council of Europe have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of Article 12.

2. In respect of any signatory State which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of signature or of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 14

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe, after consulting the Parties, may invite to accede to the Convention any non-member State of the Council of Europe by a decision taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the Committee of Ministers.

2. In respect of any acceding State, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of the deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 15

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

Clauses finales**Article 12**

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe et des autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, qui peuvent exprimer leur consentement à être liés par:

- a. la signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou
- b. la signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 13

1. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date à laquelle trois Etats membres du Conseil de l'Europe auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions de l'article 12.

2. Pour tout Etat signataire qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par la Convention, celle-ci entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de la signature ou du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 14

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, après consultation des Parties, pourra inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe à adhérer à la Convention, par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité des Ministres.

2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 15

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

Schlussbestimmungen**Artikel 12**

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens zur Unterzeichnung auf; sie können ihre Zustimmung, gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

Artikel 13

(1) Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem drei Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 12 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(2) Für jeden Unterzeichnerstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 14

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsparteien durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Ministerkomitee haben, gefassten Beschluss jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 15

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

2. Any Party may, at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of receipt of such declaration by the Secretary General.

3. Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to the Secretary General. Such withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 16

1. Any Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 17

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the other States party to the European Cultural Convention and any State which has acceded to this Convention, of:

- a. any signature in accordance with Article 12;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession in accordance with Article 12 or 14;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 13 and 14;
- d. any information forwarded under the provisions of Article 7;
- e. any report established in pursuance of the provisions of Article 10;
- f. any proposal for amendment or any amendment adopted in accordance with Article 11 and the date on which the amendment comes into force;
- g. any declaration made under the provisions of Article 15;
- h. any notification made under the provisions of Article 16 and the date on which the denunciation takes effect.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

2. Toute Partie peut, à tout moment ultérieur, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de réception de ladite déclaration par le Secrétaire Général.

3. Toute déclaration formulée en vertu des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 16

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prend effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 17

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifie aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats Parties à la Convention culturelle européenne et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

- a. toute signature conformément à l'article 12;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, conformément aux articles 12 ou 14;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux articles 13 et 14;
- d. toute information transmise en vertu des dispositions de l'article 7;
- e. tout rapport établi en application des dispositions de l'article 10;
- f. toute proposition d'amendement et tout amendement adopté conformément à l'article 11, et la date d'entrée en vigueur de cet amendement;
- g. toute déclaration formulée en vertu des dispositions de l'article 15;
- h. toute notification adressée en application des dispositions de l'article 16 et la date de prise d'effet de la dénonciation.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 16

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 17

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung nach Artikel 12;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Artikel 12 oder 14;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 13 und 14;
- d) jede nach Artikel 7 weitergeleitete Information;
- e) jeden nach Artikel 10 erstellten Bericht;
- f) jeden Änderungsvorschlag und jede nach Artikel 11 beschlossene Änderung sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung;
- g) jede nach Artikel 15 abgegebene Erklärung;
- h) jede nach Artikel 16 erfolgte Notifikation sowie den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Strasbourg, this 19th day of August 1985, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to each State party to the European Cultural Convention, and any State invited to accede to this Convention.

Fait à Strasbourg, le 19 août 1985, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chaque Etat membre du Conseil de l'Europe, à chaque Etat partie à la Convention culturelle européenne, et à tout Etat invité à adhérer à la présente Convention.

Geschehen zu Straßburg am 19. August 1985 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, allen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens und allen zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

1. Hintergrund, Zweck und Inhalt des Übereinkommens

Unter dem Eindruck der Tragödie am 29. Mai 1985 im Brüsseler Heysel-Stadion, als beim Finalspiel des Pokals der Fußball-Landesmeister anlässlich einer durch Gewalttätigkeiten hervorgerufenen Massenpanik 38 Menschen gewaltsam starben, hat das Ministerkomitee des Europarats das vorliegende Übereinkommen, das auf eine 1984 verabschiedete Empfehlung zurückgeht, am 23. Juli 1985 angenommen. Deutschland beteiligte sich in allen Phasen an der Ausarbeitung des Textes. Das Übereinkommen liegt seit dem 19. August 1985 unbefristet zur Zeichnung auf und trat am 1. November 1985 in Kraft.

Das Übereinkommen wurde zwischenzeitlich von 39 Staaten ratifiziert und von 3 weiteren Staaten (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland) gezeichnet, ohne dass eine Ratifikation folgte. Es ist derzeit in den Europaratsmitgliedstaaten Andorra, Armenien (in Kraft 1. Mai 2004), Deutschland, Georgien, Irland, Malta, Moldau und San Marino nicht in Kraft (Stand 24. März 2004).

Das Übereinkommen enthält Regelungen im Bereich der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Polizei-, Bauordnungs- und Schulrechts. Deutschland hat das Übereinkommen bislang nicht gezeichnet, da das nach der „Lindauer Absprache“ für eine spätere Ratifikation erforderliche Einverständnis aller Länder bisher nicht vorlag. Mit Schreiben vom 22. Oktober 2002 hat die Ständige Vertragskommission der Länder erklärt, dass Zustimmungserklärungen aller Länder vorliegen. Die Bundesregierung beabsichtigt nach Inkrafttreten des Vertragsgesetzes das Übereinkommen zu ratifizieren.

Immer wieder kommt es bei großen Sportveranstaltungen weltweit zu Zwischenfällen: Rivalisierende Fangruppen zerstören nicht nur Sachen, sondern gefährden und schädigen auch Leib und Leben von Personen. Aber auch Massenpaniken, hervorgerufen durch gewalttätige Auseinandersetzungen rivalisierender Fangruppen oder Unglücksfälle, haben in Verbindung mit baulichen oder organisatorischen Unzulänglichkeiten in der Vergangenheit eine Vielzahl von Todesopfern und Verletzten gefordert und hohe Sachschäden hervorgerufen. Diese Entwicklung ist seit Jahrzehnten immer wieder insbesondere bei Fußballveranstaltungen zu beobachten.

Traurige Höhepunkte in Europa bilden in dieser Hinsicht die Tragödie von 1985 im Brüsseler Heysel-Stadion und die Ereignisse am 15. April 1989 in Sheffield/England, als 94 Menschen bei einer anlässlich eines Tribünenbrandes ausgebrochenen Massenpanik erdrückt wurden. Als jüngeres Beispiel sei hier noch der Fall des französischen Gendarmen David Nivel erwähnt, der aufgrund von Übergriffen deutscher Hooligans bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich schwere, irreparable Gesundheitsschäden im Dienst davongetragen hat.

Die Erscheinungsformen des Hooliganismus haben sich seit dem Inkrafttreten des Übereinkommens 1985 verändert. So sind gewalttätige Auseinandersetzungen zunehmend außerhalb der Stadien zu verzeichnen, und Gewaltaktionen werden durch den Einsatz moderner Technik koordiniert.

Die betroffenen Staaten setzen zur Bekämpfung des Hooliganismus verstärkt auf eine Forcierung gewaltpräventiver Maßnahmen im sozialen Umfeld von Fußballfans, auf eine Intensivierung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Veranstalter und Sicherheitsbehörden, auf eine Verbesserung der Veranstaltungs- und Sicherheitsorganisation sowie auf eine Verbesserung der baulichen Sicherheit der Spielstätten. Dabei hat sich insbesondere die Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, die durch die Anwendung des Übereinkommens seit dessen Inkrafttreten im Jahr 1985 besonders gefördert wird, bewährt und zu fruchtbaren Ergebnissen geführt.

Das Übereinkommen soll auf zwischenstaatlicher europäischer Ebene dazu beitragen, Ausbrüche von Gewalt bei sportlichen Großveranstaltungen einzudämmen und dem Entstehen von Massenpaniken entgegenzuwirken. Hierzu enthält es Regelungen über die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit mit den nationalen Sportorganisationen sowie über besondere Vorsorge-, Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, wie beispielsweise

- soziale und erzieherische Maßnahmen,
- bauliche und organisatorische Maßnahmen in Sportstätten,
- Einschränkung des Alkoholkonsums in den Stadien,
- Einsatz einer ausreichenden Anzahl von Sicherheitspersonal,
- positive Beeinflussung der Fans schon im Vorfeld und bei der Anreise,
- Trennung rivalisierender Fangruppen.

Das Übereinkommen unterstützt und vereinheitlicht die erforderlichen Vorsorge- und Sicherheitsmaßnahmen in den Vertragsparteien.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die im Übereinkommen enthaltenen Strategien und Maßnahmen bereits in der Vergangenheit im Wesentlichen umgesetzt. Es liegt auch im deutschen Interesse, dass die erforderlichen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbesondere die Voraussetzungen im Bereich der Stadionsicherheit sowie die praktizierten Vorsorgemaßnahmen der Veranstalter und Sicherheitsbehörden in Europa in allen Staaten im erforderlichen Umfang und nach grundsätzlich gleichen Richtlinien ergriffen werden.

Dies ist insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten erforderlich:

- Eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen kann nur grenzüberschreitend und in enger Abstimmung mit dem Ausland verwirklicht werden.
- Der Umfang der Vorsorgemaßnahmen und der politische Wille zu innerstaatlichen Umsetzungen wird durch ein gesamteuropäisches Übereinkommen erhöht.
- Deutsche Fußballfans sollten auch bei Turnieren im Ausland größtmöglichen Schutz von Leben und Gesundheit haben.
- Bei einem Auftreten gewalttätiger deutscher Fans im Ausland wird grundsätzlich auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland negativ beeinträchtigt.

Die Unterzeichnung und Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland verdeutlichen ihren politischen Willen, gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten entschlossen noch erforderliche Schritte gegen Gewalt im Zusammenhang mit Sportgroßveranstaltungen einzuleiten bzw. zügig voranzutreiben. Ein Beitritt Deutschlands stärkt zudem seine Position im Ständigen Ausschuss (Artikel 8), da es dann stimmberechtigtes Vollmitglied ist und den Vorsitz im Ausschuss selbst oder in den Sachverständigengruppen anstreben kann.

Gerade mit Blick auf die Fußball-WM 2006 in Deutschland ist es erforderlich, verstärkt alles zu tun, um Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Fußballveranstaltungen einzudämmen.

2. Ständiger Ausschuss

Für die Zwecke des Übereinkommens wurde ein Ständiger Ausschuss eingerichtet (Artikel 8). Im Ständigen Ausschuss tauschen Sachverständige der Vertragsparteien und der Staaten mit Beobachterstatus in sehr effizienter Weise Informationen und Erfahrungen aus und suchen gemeinsam nach Mitteln und Wegen zur Problemlösung. Z. B. wurden in einer Sondersitzung vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 die Sicherheitskonzepte zwischen den Gastgeberstaaten und allen europäischen Teilnehmer- und Transitstaaten abgestimmt. Ebenso finden entsprechende Abstimmungen zur Fußball-Europameisterschaft 2004 und Fußball-Weltmeisterschaft 2006 statt. Ein vergleichbares Gremium, mit dem auf so breiter Basis Informationen ausgetauscht werden können, findet sich europaweit nicht.

Weitere wichtige neuere Arbeitsergebnisse des Ständigen Ausschusses sind beispielsweise:

- Verschiedene Empfehlungen zur polizeilichen Zusammenarbeit im Umfeld von internationalen Fußballturnieren,
- Empfehlungen zur Gewaltprävention durch geeignete Maßnahmen bei der Vergabe der Eintrittskarten (im Lichte der bei der Fußball-Europameisterschaft 2000 in Belgien und den Niederlanden gesammelten Erfahrungen),
- Handbuch für eine Strategie zur Gewaltprävention mit europäischen Best-Practice-Ansätzen,
- Zwischenstaatliche Abstimmung von Sicherheitsmaßnahmen bei großen Fußball-Turnieren wie Welt- und Europameisterschaften.

In jährlichen Berichten des Ständigen Ausschusses wird die innerstaatliche Umsetzung des Übereinkommens dargestellt.

Deutschland hat seit Inkrafttreten des Übereinkommens im Ständigen Ausschuss und in den von diesem eingesetzten Sachverständigengruppen von Beginn an mit Beobachterstatus maßgeblich an der Erstellung neuer Strategien mitgewirkt.

Die Bilanz der letzten Jahre zeigt, dass der Ständige Ausschuss verstärkt Empfehlungen zu Themenbereichen erarbeitet hat, die sich aus aktuellem Anlass als problematisch und regelungsbedürftig erwiesen hatten oder zu denen andere internationale Regelungen bisher nicht bestanden. Die konsequente Umsetzung dieser Empfehlungen kann auch in Deutschland dazu beitragen,

Gewalt, Ausschreitungen und Massenpaniken bei Sportgroßveranstaltungen weiter einzudämmen bzw. zu verhindern. Mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 kann Deutschland über den Ständigen Ausschuss sein Sicherheitskonzept mit den Sicherheitskonzepten der Anrainer-, Teilnehmer- und Transitstaaten Europas effizient abstimmen, weil ein noch größerer Adressatenkreis als über die bestehenden Gremien der Europäischen Union erreicht wird.

II. Besonderes

Die Präambel hebt den Willen der Vertragsparteien hervor, der Gewalttätigkeit und dem Fehlverhalten bei Sportveranstaltungen durch vermehrte Zusammenarbeit auf allen geeigneten Ebenen zu begegnen. Sie weist ferner darauf hin, dass der Sport einen wichtigen Beitrag zur internationalen Verständigung leistet, und stellt fest, dass die Gewalttätigkeit ein aktuelles gesellschaftliches Phänomen mit weitreichenden Auswirkungen ist, dessen Wurzeln überwiegend außerhalb des Sportes liegen.

Artikel 1 definiert das Ziel des Übereinkommens, Gewalttätigkeit und Fehlverhalten bei Sportveranstaltungen durch notwendige Schritte zu verhindern und einzudämmen. Den Vertragsparteien wird innerhalb der vertraglichen Zielsetzung weitgehende Gestaltungsfreiheit im Rahmen ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen eingeräumt.

Artikel 2 enthält die Verpflichtung zur innerstaatlichen Koordinierung bei der Umsetzung des Übereinkommens.

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsparteien zu geeigneten staatlichen Maßnahmen

- (Abs. 1) zur Verhinderung und Eindämmung der Gewalttätigkeit und des Fehlverhaltens, zum Aufgebot ausreichender Ordnungskräfte, zur Erleichterung der Zusammenarbeit der Polizeikräfte und zu angemessenen Strafen und Verwaltungsmaßnahmen,
- (Abs. 2) zur Förderung von Anhängerclubs und der Bestellung geeigneter Verbindungsleute,
- (Abs. 3) zur Förderung der Koordinierung der Anreise der Fans und ggf. Verhinderung der Abreise von Unruhestiftern, soweit rechtlich möglich,
- (Abs. 4) zur Gewährleistung, dass die Veranstalter innerhalb und außerhalb der Stadien konkrete Maßnahmen zur Gewaltprävention ergreifen, und zwar insbesondere durch
 - a) bauliche Maßnahmen für die Sicherheit der Zuschauer,
 - b) Trennung gegnerischer Anhängergruppen,
 - c) strenge Kontrolle des Kartenverkaufs hierzu,
 - d) Zutrittsausschluss oder -verweigerung für Unruhestifter, Alkoholisierte und Narkotisierte im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten,
 - e) Zuschauerbeeinflussung etwa durch Kommunikationssysteme und Programmhefte,
 - f) Beschränkung des Alkoholgenusses im Stadion, sowie Verbot von Getränken in gefährlichen Gefäßen,

- g) Kontrollen, dass keine gefährlichen Gegenstände wie z. B. Feuerwerkskörper mitgebracht werden können,
 - h) Konzertierte Aktionen durch Verbindungsbeauftragte,
- (Abs.5) zu sozialen und erzieherischen Maßnahmen zur Gewaltprävention durch Förderung der Sportlichkeit, des Fair-Play-Gedankens und der gegenseitigen Achtung.

Artikel 4 fordert internationale Zusammenarbeit auf Regierungsebene und Förderung der Zusammenarbeit auf Sportebene. Risikobehaftete Veranstaltungen sollen benannt werden und Gespräche mit den Beteiligten über geeignete Anordnungen, Maßnahmen und Vorkehrungen rechtzeitig geführt bzw. in die Wege geleitet werden.

Artikel 5: Straftäter sollen identifiziert und in einem ordentlichen Gerichtsverfahren verfolgt werden. Die Strafverfahren sollten ggf. an das Land des gewöhnlichen Aufenthalts des Straftäters abgegeben werden. Die Auslieferung Verdächtiger sollte angestrebt werden. Straftäter sollten zum Strafvollzug in das entsprechende Land überstellt werden.

Artikel 6 beinhaltet folgende zusätzliche Maßnahmen:

- (Abs. 1) Kooperation von Staat, Sport und Stadion-eigentümern hinsichtlich baulicher Anpassungen von Stadien zur Verbesserung der Sicherheit,
- (Abs. 2) Anforderungen für die Auswahl von Stadien für Risikoveranstaltungen,
- (Abs. 3) Aufforderung an die Sportverbände, ständig ihre Regelungen zur Gewaltprävention zu überprüfen.

Artikel 7 trifft Bestimmungen über die Weiterleitung von zweckdienlichen Informationen über die getroffenen rechtlichen und anderen Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens an den Generalsekretär des Europarats.

Artikel 8 bis 10 legen die Einsetzung, Arbeitsweise und Aufgaben des Ständigen Ausschusses für die Zwecke des Übereinkommens fest. Zu den Aufgaben des Ständigen Ausschusses gehört die Überwachung der Anwendung des Übereinkommens, die direkten Konsultationen mit den betroffenen Sportorganisationen und die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen.

Artikel 11 legt die Änderungsmodalitäten des Übereinkommens fest.

Artikel 12 bis 17 enthalten die bei Übereinkommen des Europarats üblichen Schlussbestimmungen.

